

# Der Zimmerer.

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (C. H. Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.  
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Postgeld) M. 1,50.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: A. Brinmann, Hamburg.  
Redaktion, Verlag u. Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 57/66, III.

Anzeigen:  
Für die dreispaltige Beizeile ober deren Raum 30 A  
für Versammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

## Der Unternehmer Neujahrsgruß.

Th. Stimmungen und Verstimmungen bei Hofe und gegen den Hof vergehen; die Kamarillen mögen wechseln; die Friedenspeise zwischen Wilhelm II. und seinem Onkel Eduard mag ausgehen oder neu angebrannt werden; Oesterreicher und Serben, Türken und Bulgaren mögen sich an den Hals springen oder nicht — alles ändert sich; nur die Todfeindschaft zwischen Kapital und Arbeit bleibt unverändert; sie ist unvergänglich, bis die Arbeit das Kapital wird bezwungen, ihm den Fuß auf den Nacken gesetzt haben. Jene anderen Widerstreite mögen die Welt mit großem Lärm erfüllen, den Zeitungen Nahrung geben für lange Spalten, den Inhalt der Stammtischgespräche aller politischen Kammerlader ausmachen — den Kernpunkt des großen Weltenganges bilden sie nicht; der ruht in dem unverföhlichen Gegensatz zwischen den Ausgebeuteten und den Ausbeutern. Das stille Ringen zwischen beiden wird auf dem offenen Markte bei weitem nicht so bemerkbar wie irgend eine „Senjation“; aber doch liegt nur bei ihm die Entscheidung über die künftige Gestaltung der Welt und ihrer Verhältnisse.

Der Arbeiter weiß das. Darum erscheinen ihm auch mit Recht alle anderen Vorkommnisse, die außerhalb seines Kampfes gegen das Kapital liegen, nur als mehr oder weniger interessante und amüsante Episoden, die er belacht oder über die er spottet, die aber nicht das Wesen seiner Lebensaufgabe berühren. Das ist nur der Fall bei neuen Kampfmethoden, die vom Kapital gegen die Arbeit erfunden werden, bei neuen Entrechtungs- und Unterdrückungsversuchen, denen er preisgegeben werden soll. Ein solcher Versuch ist soeben wieder ausgetastet worden vom Syndikus des Verbandes bayerischer Metallindustrieller, einem Herrn Karl König in Nürnberg. Er hat eine Broschüre geschrieben unter dem Titel:

Die deutschen Arbeitgeber  
und  
ihre politische Vertretung.

Die 25 Seiten umfassende Broschüre scheint nicht für den öffentlichen Verkauf bestimmt zu sein; denn sie entspricht insofern nicht der preisgeleglichen Vorschrift, als weder Druck noch Verlag angegeben ist. Sie ist aber vor einigen Tagen im Kuvert an alle Arbeitgeberverbände, große wie kleine, versendet worden, um in diesen Kreisen Stimmung zu machen für die Idee, die der Verfasser vertritt. Karl König ist Syndikus, also der Rechtsanwalt desselben Industriellenverbandes, der bereits durch eifrige Gründung von gelben Organisationen und durch freche Verfolgung der organisierten technischen Angestellten den bündigen Beweis geliefert hat, daß es ihm blutiger Ernst ist mit der Unterdrückung des Koalitionsrechtes seiner Arbeiter und Beamten. Diesem Ziele ist auch naturgemäß die Broschüre gewidmet. Sie sucht den Weg zu beschreiben, der von den Kapitalisten einzuschlagen ist, um ein für allemal mit Hilfe der Gesetzgebung sich Ruhe zu verschaffen vor neuen Anwürfen der Arbeiter. Die „politische Vertretung“ der Arbeitgeber in den Parlamenten, vor allem im Reichstage, soll diesem Ziele dienen.

Herr König spricht zunächst in einigen Sätzen seine Befriedigung aus über den Ausfall der Hottentottenwahlen im Januar 1907. Aber, so fährt er fort, kein Licht ohne Schatten. Den Schatten erblickt er in dem „sozialpolitischen Uebereifer der Parteien“, den die vorigen Reichstagswahlen gezeitigt haben sollen. Der Arbeiter kann schon aus dieser einen Behauptung ersehen, welch Geistes Kind dieser Karl König ist. Er fühlt sich beschwert durch einen sozialpolitischen Uebereifer, während in Wirklichkeit nichts geschehen ist, und das wenige, was von der Regierung an sozialpolitischen Gesetzentwürfen dem Reichstag vorgelegt

wurde, in eine Form gekleidet war, die es den Arbeitern vertretbaren unmöglich machte, dafür zu stimmen. — Die Broschüre erklärt den „sozialpolitischen Uebereifer“ der bürgerlichen Parteien aus ihrem Bestreben, die „ebenso unerwartete wie mächtige Niederlage“ der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen auszunutzen. Das sei zwar berechtigt, berge aber „die Gefahr einer einseitigen Bevorzugung der Arbeiterinteressen in sich“. Die Mehrzahl der Parteien sei bereits „immer mehr sozialreformerischen Grundtönen erlegen“ (!), und füge sich der Forderung „weltfremder Katheder-sozialisten“, die, „unberührt von der Misere (Elend) der Praxis, von der absoluten Gleichberechtigung des Arbeiters mit dem Unternehmer beherrscht sind“.

Dieses Glaubensbekenntnis genügt vollauf. Die weiteren Ausführungen des Nürnberger Syndikus sind im gleichen Sinne gehalten. Er phantasiert von Begünstigungen der Mieter und Arbeitnehmer, von den Vermietern und Arbeitgebern im bürgerlichen Gesetzbuch, von den Arbeitskammern, die „entgegen dem Willen der großen Mehrzahl der Beteiligten (!) dem deutschen Volke beiseit werden“, von den „unverzeihlichen Schwächen der Sozialdemokratie gegenüber“, von der Befürwortung der Tarifverträge, die „den Unternehmern, wenn nötig, mit der Hungerpeitsche aufgedrängt werden sollen“, von der „Lehre vom wirtschaftlich Schwachen“, die zum „Irrlicht“ geworden sei und die „den Angestellten aus der Krankheit Vorteile schöpfen lasse, die er in Zeiten der Gesundheit nicht genieße.“ Die Rechtsprechung durch Gewerbe- und Kaufmannsgerichte sei parteiisch, ihre Vorstände und Beamten seien mit den Beamten der paritätischen Arbeitsnachweise zu Trägern ultraradikaler Sozialpolitik geworden, und keine Partei, außer die der Konservativen habe hiergegen Einspruch erhoben. Hand in Hand mit dem sozialpolitischen Uebereifer gehe „der Wahn von der Unerlöschlichkeit der Mittel der deutschen Industrie.“ Man habe das Bismarcksche Wort vergessen von der Grenzlinie, bis zu der man die Industrie belasten könne, „ohne dem Arbeiter die Henne zu schlachten, welche ihm die Eier legt.“ — Dieser köstliche Gedanke, daß nicht der Arbeiter dem Kapital die goldenen Eier legt, sondern daß umgekehrt die Industrie es ist, die dem Arbeiter goldene Eier bringe, ist so verblüffend, daß sie von der Notwendigkeit entbehrt, den Ausführungen Königs auf dem Gebiete „sozialpolitischen Uebereifers“ und „ultraradikaler Sozialpolitik“ noch weiter zu folgen.

Nachdem der um seine goldenen Eier besorgte Syndikus noch den Nationalliberalen eine Abgabe gegeben hat, weil auch sie sich „dem sozialreformerischen Zuge der Zeit nicht haben entziehen können“, bespricht er die bereits vorliegenden Anregungen auf Gründung einer ausgesprochenen parlamentarischen Unternehmerpartei. Solche Anregungen sind schon gemacht worden vom Kommerzientrat Mendt in Altona, vom Syndikus Dr. Tille in Saarbrücken und vom nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann. Sie finden keine Gnade vor Königs Augen. Zum Teil seien sie nicht weitgehend genug, zum Teil beruhen sie auf falschen Voraussetzungen und zum Teil komme das Unternehmertum dabei nicht voll auf seine Rechnung. König hofft ganze Arbeit machen zu können, wenn sein Programm durchgeführt wird. Dasselbe lautet:

1. Weiterer Ausbau der Arbeitgeberverbände, insbesondere Hereinziehung der Inhaber offener Ladengeschäfte.

2. Mehr „aufklärende sozialpolitische Tätigkeit“ innerhalb der Organisationen der Arbeitgeber; denn viele der letzteren wüßten noch gar nicht so recht, „was den Arbeitgebern frommt“.

3. Vollste Zentralisation aller Arbeitgeberorganisationen in Deutschland; sie müssen eine Spitze haben, die dann natürlich die Parolen bei

Wahlen, Streiks, Aussperrungen und Opposition gegen den „sozialreformerischen Uebereifer“ auszugeben hätte.

4. Häufigeres und geschlossenes Treten der Arbeitgeberverbände an die Öffentlichkeit. Wie der Bund der Landwirte und der Gewerkschaften, so müßten auch die Arbeitgeber „alljährlich in imponierenden Versammlungen ihre Wünsche äußern“.

5. Einflußnahme auf die Presse. Schaffung einer billigen Fachpresse, „die allen Arbeitgebern, ob organisiert oder nicht, zuzustellen ist“. Und „dabei ist selbstverständlich eine Einwirkung auf die Tagespresse nicht zu unterlassen“.

Die Gesamtwirkung seiner Vorschläge faßt König in den Satz zusammen: „Sind erst einmal unsere Arbeitgeber von dem durchdrungen, was sie auf dem Gebiete der Sozialpolitik fordern müssen, dann werden sie schon ihren Einfluß in den politischen Parteien geltend machen.“ Er hofft, seine Vorschläge möchten dazu beitragen, „die deutschen Arbeitgeber aus einem Schlaf der politischen Interesselosigkeit zu erwecken, aus dem zu erwachen für sie noch Zeit ist, wenn sie nicht ein Erwachen mit Schrecken erleben wollen.“

Auch die Suppe des Nürnberger Trichtermannes König wird ja nicht so heiß gegessen werden, wie er sie zu kochen gedenkt; immerhin erkennt der Arbeiter aus den Ausführungen, daß das Großunternehmertum, in dessen Auftrag König spricht, nicht daran denkt, gutwillig dem Arbeiter Zugeständnisse zu machen. Was der Arbeiter erringen will, muß er durch seine Organisation erreichen.

Lautet darum der Neujahrsgruß der Unternehmer: „Noch mehr Knechtung den Arbeitern!“ so lautet die Antwort der Arbeiter:

Trotz der kapitalistischen Willkür!  
Ausbau und Stärkung der Gewerkschaften!

## Das Wirtschaftsjahr 1908.

W. C. Als Ende 1907 der Niedergang der wirtschaftlichen Konjunktur deutlich eingesezt hatte, als die hohen Warenpreise und die exceptionellen Verhältnisse des Geldmarktes die Konsumfähigkeit des Inlandsmarktes nachhaltig geschwächt hatten, da stand es fest, daß das nunmehr schließende Jahr 1908 im Zeichen der Krise stehen würde. Das Jahr 1907 war durch die Gunst des ersten Semesters noch so wesentlich beeinflusst, daß das unfreundliche Ende das Gesamtgepräge nicht allzu sehr verdüsterte. Ganz anders präsentiert sich das Jahr 1908: von Anfang bis zum Ende des Jahres lastete eine starke Depression auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens. Langsam und allmählich nahm die Depression zu, und trotz einiger Lichtblicke gegen den Schluß des Jahres hielt sie nicht nur vor, sondern nahm während des Weihnachtsmarktes noch einmal in recht bedenklicher Weise zu. Wenn trotzdem die wirtschaftliche Lage Deutschlands nicht so ungünstig zu kennzeichnen ist, wie z. B. die Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika, so rührt dies von Abweichungen her, die entweder in der wirtschaftlichen Verfassung oder in der Methode der privaten Wirtschaftsführung begründet sind. Ist in den Vereinigten Staaten die soziale Rücksichtslosigkeit Trumppf, insofern deren Rückschlag mit ungemainer Heftigkeit einsetzte und sich verallgemeinerte, so fehlte Großbritannien der starke innere auf einer breiten Landwirtschaft basierende Markt.

Die wirtschaftliche Gesamtlage Deutschlands, so unfreundlich sie sich auch zeigt, wäre weit schlechter, wenn nicht die deutsche Landwirtschaft dem Inlandsmarkt eine gewisse Stütze gegeben hätte. Es ist nicht zum ersten Mal, daß die Schwankungen der gewerblichen Konjunktur Deutschland deswegen weniger hart treffen, weil die Aufnahmefähigkeit der landwirtschaftlichen Bevölkerung sich ungeschwächt erhielt. Auch vom Jahre 1908 muß gesagt werden, daß die Landwirtschaft mit ihm zufrieden sein

kann. Nicht nur standen die Getreidepreise infolge einer etwas knappen Velernte auf einer für die Landwirte recht befriedigenden Höhe, auch die Viehzucht war trotz leicht sinkendem Preisniveau durchaus lohnend. Nach unseren Schätzungen stellte sich der Wert der Getreide- und Kartoffelernte sowie der Verkaufswert der geschlachteten Rinder, Kälber, Schweine und Hammel für ganz Deutschland in Millionen Mark, wie folgt:

	Wert der Ernte	Wert der Schlachttiere	Zusammen
1908.....	4703,95	2998 35	7702,20
1907.....	5406,61	3127,74	8534,35
1907.....	6185,07	3116,28	9301,35

Aus dieser Bewegung der Verkaufswerte ist der Schluß zulässig, daß die Einnahmen der Landwirtschaft während der aufgeführten Jahre sich in kräftig aufsteigender Richtung bewegt haben. Auch das laufende Jahr hat keine wesentliche Änderung im Befinden der deutschen Landwirtschaft gebracht, so daß die Kaufkraft auf dem Lande trotz der hohen Preise das ganze Berichtsjahr hindurch befriedigend blieb und die Unternehmungslust nur eine geringe Abschwächung gegenüber den Vorjahren zeigte. Die Beschäftigungsgelegenheit der Landwirtschaft war reichlich und konnte um so eher ausgenutzt werden, als die Versorgung mit Arbeitskräften eine starke Erleichterung erfuhr.

Ein ganz anderes Bild bietet der Geschäftsverlauf im Gewerbe, Handel und Verkehr. Der gewerbliche Beschäftigungsgrad setzte zu Beginn des Jahres 1908 schon etwas schwach ein, ohne daß indes zunächst eine Verschlechterung gegen 1907 hätte nachgewiesen werden können. Im Januar stand die Beschäftigtenziffer noch merklich höher als im Vorjahre. Für einen genau abgegrenzten Beobachtungskreis stellte sich die Beschäftigtenziffer am 1. der nachstehenden Monate wie folgt:

	1907	1908	+ oder -
Januar.....	4371723	4494071	+122348
April.....	4517007	4558739	+ 41732
Mai.....	4655809	4632448	- 23361
Juni.....	4660384	4627042	- 43342
November....	4697467	4648322	- 49145

Bis zum April war die Beschäftigtenziffer noch höher als 1907. Im April setzte der Rückgang ein und steigerte sich bis Jahresluß ziemlich erheblich. Aus der Bewegung der Beschäftigtenziffer ist um so mehr auf ein starkes Nachlassen des Geschäftsganges zu schließen, als die normale Entwicklung eine von Jahr zu Jahr steigende Beschäftigtenziffer zu bringen hat. Schon das Ausbleiben der Steigerung bedeutet eine Verschlechterung, wieviel mehr eine absolute Abnahme der Beschäftigten. Aber durch Kontrolle der Beschäftigten allein wird das Nachlassen des Beschäftigungsgrades noch keineswegs voll erfaßt. Auch die Arbeitskräfte, die erwerbstätig blieben, sind im Jahre 1908 infolge von Betriebseinschränkungen erheblich weniger in Anspruch genommen worden als 1907. Dazu kommt endlich noch die Verschiebung in der Zusammenfügung der Arbeiterschaft. Erwachsene männliche Arbeiter sind viel stärker entlassen worden, als es dem Gesamtrückgang der Beschäftigten entspricht. Dafür sind dann zum Teil jugendliche Arbeiter oder Arbeiterinnen eingestellt worden. So ergibt sich zweifellos eine sehr empfindliche Abnahme des gewerblichen Beschäftigungsgrades.

Wie wirkte nun diese Knappheit der gewerblichen Beschäftigung auf die in der Warenherstellung beteiligten Faktoren zurück?

Am heftigsten wurde zweifellos der **Arbeitsmarkt** von dem Rückgang der Konjunkturkurve betroffen. Wie schon aus der Bewegung der Beschäftigten sich ersehen läßt, ist die Zahl der offenen Stellen in steigendem Maße gesunken. Um so stärker nahm aber auf der anderen Seite der Andrang zu. Das ganze Neuangebot des Jahres 1908 lastete gewissermaßen unverkündet auf dem Markt. Und wenn auch ein Teil Unterkommen in der Landwirtschaft fand, wenn der Zuzug vom platten Lande auf den gewerblichen Arbeitsmarkt eine erhebliche Einschränkung erfuhr, so konnte doch nicht das Heranwachsen eines äußerst drückenden Ueberangebotes verhindert werden. Im März kamen schon auf 100 offene Stellen 130,5 Arbeitssuchende, im November waren es 212,44. Nur 1901 und 1902 stand der Andrang um die nämliche Zeit noch höher. Ein derartiger Andrang bedeutet ohne weiteres Arbeitslosigkeit in ziemlichem Umfange. Nach immerhin vorsichtiger Schätzung war schon Ende September mit ca. 380 000 Arbeitslosen zu rechnen. Inzwischen hat die Arbeitslosigkeit sich weiter ausgebreitet, schon deshalb, weil der Jahreszeit entsprechend eine Reihe Gewerbe ihren Betrieb eingeschränkt haben oder ganz ruhen lassen. Vornehmlich aber hat sich die Lage des gewerblichen Arbeitsmarktes zuletzt noch dadurch verschärft, daß gegen Ende des Jahres auch im Kohlenbergbau die Arbeitsgelegenheit merkbar nachzulassen begann. Für die ersten elf Monate 1908 ergibt sich als durchschnittlicher Andrang auf je 100 offene

Stellen 147,3 gegen 113,6 im Vorjahre. Für nachstehende Jahre war der durchschnittliche Andrang Arbeitssuchender:

1896.....	138,8	1902.....	177,3
1897.....	124,9	1903.....	147,7
1898.....	118,9	1904.....	128,9
1899.....	106,9	1905.....	119,9
1900.....	122,6	1906.....	110,6
1901.....	164,3		

In den in Frage kommenden 13 Jahren war nur 1901 und 1902 die Lage des gewerblichen Arbeitsmarktes noch ungünstiger als 1908. Daß angesichts dieser Marktlage eine bedenkliche Neigung zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen vorhanden war und sich vielfach auch betätigt, namentlich dort, wo keine kollektiven Verträge bestanden, braucht nicht erst hervorgehoben zu werden. Da war auch der Streik ein wenig Erfolg versprechendes Mittel, so daß er in der Tat viel seltener zur Anwendung kam als in den Vorjahren.

Auch die Warenhersteller hatten unter der Abschwächung des Beschäftigungsgrades erheblich zu leiden. In der Großindustrie hatten die Betriebe mit zunehmender Konkurrenz zu rechnen und vermochten nur unter Preisopfern einen Teil des Ausfalles an Inlandsaufträgen durch Steigerung der Ausfuhrfähigkeit einzuholen. In Gewerben, wo der Auslandsabsatz ganz versagte, waren die Verluste des Jahres 1908 sehr erheblich. Selbst die durch Kartelle geschützte Industrie blieb von den Einwirkungen der veränderten Marktverhältnisse nicht verschont, was sich vielfach in einer starken Unzufriedenheit innerhalb der Kartellverbände oder in steigender Opposition der außenstehenden Werke äußerte. Wenn auch die Lage der einzelnen Gewerbe sich sehr verschieden gestaltete, so kann doch als allgemeines Schlussergebnis festgehalten werden, daß die Bruttoerträge in der Großindustrie wesentlich zurückgingen, da durchschnittlich die Aufträge einmal quantitativ abnahmen, sodann aber auch die Preise der hergestellten Waren in ihrer Gewichtseinheit eine Ermäßigung erfuhr. Das Handwerk empfand zunächst im Anfang des Jahres infolge der Verbilligung des Geldes eine deutliche Erleichterung, die bis zum Frühjahr anhielt. Dann setzte aber unter der Wirkung der matten Bautätigkeit eine recht nachteilige Wendung ein. Die von der Bautätigkeit abhängigen Handwerke bekamen weniger als in den Vorjahren zu tun, wodurch Arbeitsgelegenheit und Verdienst in breiten Handwerkschichten der größeren Städte und gewerblichen Zentren rasch zurückgingen. Späterhin litt ein anderer Teil des großstädtischen Handwerks unter der sinkenden Kaufkraft der gewerblichen Arbeiterbevölkerung. Am günstigsten stellten sich noch die Handwerke in der Gruppe Nahrungs- und Genussmittel. Relativ günstig gestaltete sich die Lage des Handwerks auch in kleinen Städten und auf dem platten Lande. Der seit Jahren beklagte Lehrlingsmangel schwächte sich durchweg etwas ab.

Weit weniger ungünstig war der Verlauf des Jahres 1908 für die Besitzer von Kapital. Der Geldmarkt, dessen überaus starke Anspannung im Jahre 1907 das Signal für den gewerblichen Rückschlag ausgelöst hatte, erfuhr eine so fortschreitende Erleichterung, daß unter ihr der in den Jahren des Aufschwungs beobachtete Prozeß der Entwertung des Kapitalbesitzes nicht nur sein Ende fand, sondern auch schon wieder eine nennenswerte Erholung eintrat. Im Februar erreichte der Kurs der festverzinslichen und der Dividendenwerte mit 98,26 seinen niedrigsten Stand. Vom März ab bewegt sich das Kursniveau langsam und unter Schwankungen wieder aufwärts, so daß der Durchschnittskurs Ende November auf 99,53 oder um 1,27 höher als im Februar steht. Es hat demnach der Kapitalbesitz im laufenden Jahre eine Wert-erhöhung erfahren, während allerdings das Einkommen aus ihm eine Einbuße erlitten hat. Das letztere gilt namentlich von den in Handel und Industrie verbenden Kapitalien. Begründet liegt diese Wertveränderung in der starken Zunahme des Geld- und Kapitalangebotes, das auch in dem veränderten Status unserer Zentralnotenbank zum Ausdruck gelangt. Am 7. Januar betrug der Metallvorrat der Reichsbank bei einem Diskont von  $7\frac{1}{2}$  pZt. 758,68 Millionen Mark, am 15. Dezember bei einem Diskont von 4 pZt. 1073,53 Millionen. Noch stärker als der offizielle Zinssatz ist relativ der Diskont am offenen Markt gesunken, woraus auf die zunehmende Gelddabundanz zu schließen ist.

Gerade diese Anschwellung des Angebotes auf dem Geldmarkte lenkt auf die Lichtblicke hin, die das Düstere des Jahres 1908 da und dort durchbrechen. Es sind zwei Beobachtungen, die hier noch als charakteristisch hervorgehoben werden sollen. Die gewerbliche Unternehmungslust, die bis September ganz bedeutend schwächer als 1907 war, begann sich im Herbst langsam wieder zu beleben. Neugründungen und Kapitalserhöhungen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. beanspruchten wieder etwas größere Summen als vor Jahresfrist. Vor allem regte es sich im Terraingeschäft. Die Spekulation nahm in verschiedenen Städten

mit regem Eifer ihre Tätigkeit auf und begann mit Vorbereitungen für eine stärkere Bautätigkeit im Jahre 1909. Das Baugeschäft war in der Hauptsache durch die ungünstigen Verhältnisse am Geldmarkt unterbunden worden, da bei den hohen Geldsätzen nicht nur die Beschaffung der nötigen Summen erschwert war, sondern auch die Rentabilität immer fraglicher wurde. Das zunehmende Geldangebot im laufenden Jahre setzt Hypothekenbanken und andere Geldinstitute wieder in den Stand, dem Baugewerbe reichliche Mittel zur Verfügung zu stellen. Trifft aber diese Annahme zu, so ergibt sich aus dem lebhafteren Baugeschäft eine nachhaltige Befruchtung der gesamten gewerblichen Tätigkeit im kommenden Jahre. Insofern muß die Regsamkeit der Terraingesellschaften als ein günstiges Zeichen gedeutet werden.

Nicht ganz so wichtig, aber doch auch geeignet, Verbesserungen wegen einer weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Konjunktur zu verdrängen, ist die fortschreitende Senkung des Niveaus der Warenpreise. Die Konsumkraft des Marktes nimmt bei sinkendem Einkommen um so weniger ab, je mehr dabei die Kaufkraft des Geldes zu steigen vermag. Die Steigerung der Kaufkraft des Geldes drückt sich aber im Sinken der Warenpreise aus. Seit Mai läßt sich nun beobachten, daß das Niveau der Warenpreise immer mehr hinter dem Stande des Vorjahres zurückbleibt. Die Indizes der Warenpreise, berechnet unter Berücksichtigung der Verbrauchsmenge der einzelnen Waren, stellte sich für Januar auf  $\mathcal{A}$  6128,57 gegen  $\mathcal{A}$  5669,68 im Jahre 1907. Im Oktober war das Verhältnis ziemlich umgekehrt: die Konsumeinheit kostete für das laufende Jahr  $\mathcal{A}$  5778,16 gegen  $\mathcal{A}$  6185,09 im Vorjahre. Das bedeutet zweifellos eine keineswegs nebenfällige Verbilligung, von der nur zu wünschen wäre, daß sie auch im Detailverkehr in gleichem Grade Platz greifen würde. Aber leider war dies bis zum Jahresluß nicht der Fall.

Fehlt es so auch nicht an einigen Lichtblicken für das kommende Jahr, so überwiegen doch für das zu Ende gehende weitaus die Schattenseiten. Unter der Wirkung des verschärften Wettbewerbes hat im laufenden Jahre auch ein starker Reinigungsprozeß sich vollzogen, der viele schwächere und kleine Betriebe von der Bildfläche hinweggefegt hat. Konkurse, Zahlungsschwierigkeiten stellten sich nicht nur zu Anfang des Jahres in hoher Ziffer ein, sondern beunruhigten das ganze Jahr hindurch zeitweilig die Geschäftswelt. Angesichts der allgemeinen Depression auf wirtschaftlichem Gebiete im Inlande wie im Auslande war es kein Wunder, daß eine nervöse und unzufriedene Stimmung um sich griff, die namentlich durch die Börse zu deutlichem Ausdruck gelangte. Zur Verschärfung dieser Stimmung trugen auch die politischen Vorkommnisse und Verwicklungen mehr als in früheren Jahren bei. So kann man dem scheidenden Jahre keine günstige Note ausstellen: seine Bilanz muß nach den flotten Aufschwungsjahren recht unbefriedigend ausfallen; sinkende Umsätze, sinkendes Einkommen, sinkender Wohlstand und noch mehr erschwertes Auskommen sind das Fazit für einen sehr großen Teil der Erwerbstätigen im deutschen Volke. Hoffentlich bleibt es bei dem einen Krisenjahre 1908.

## Die Bilanz für 1908.

Th. Berlin, Silbester 1908.

Ein Stückchen ist die Welt doch auch im nun vergangenen Jahre vordergründig. Nicht viel; aber doch ein Ende; ganz stehen geblieben ist die Zeitenuhr nicht. Freilich geht es uns allen, die wir erfüllt sind von dem glänzenden Bilde einer besseren Zeit, viel zu langsam, und jeder Arbeiter, der nach Kräften die gewerkschaftliche wie die politische Bewegung zu fördern bemüht gewesen ist, gäbe viel darum, wenn der Fortschritt zehnmal größer gewesen wäre. Doch auch wir müssen uns bescheiden. Wir dürfen nicht vergessen, daß durch Jahrhunderte hindurch von Geschlecht zu Geschlecht sich falsche Urteile, törichte Auffassungen und vor allem das unselige Abhängigkeitsgefühl eingefressen haben, wie der Rost in eine lange nicht gebrauchte Art, und daß es da vieler Arbeit bedarf, ehe die Rostflecken verschwunden sind. Und wie der Rost das Eisen ganz zerfressen kann, so daß es überhaupt nicht mehr mit einer scharfen Schneide zu versehen ist, so sind auch manche Gehirne unfähig geworden, das Ziel des proletarischen Strebens, die Gestalt einer ganz anderen Wirtschaftsordnung, zu erfassen und an ihrer Verwirklichung mitzuarbeiten. Allzu große Not, allzulange Entöhnung vom selbstbewußten Handeln haben die Willenskraft dieser Unglücklichen gebrochen; sie sind nur noch Ruinen, die wir bedauern dürfen, die wir aber nie zu zuverlässigen Mitstreitern gestalten können. Das ist nun mal so, und wir wollen zufrieden sein, wenn wir es so weit bringen, daß jene Verlorenen den Vormarsch des zielklaren und tatkräftigen proletarischen Heeres nicht hemmen oder gar bei wirtschaftlichen Kämpfen sich auf Seite des Feindes schlagen.

Im Verhältnis zur Gesamtzahl ist die Zahl derer, auf deren Gewinn verzichtet werden muß, nur klein.





anwesenden Delegierten, daß sie anerkennen, daß auch unterseits alles aufgeboten werden muß, die eigene Organisation derartig zu stärken, daß den Machtgeflüsten der Unternehmer ein energisches Nein entgegengesetzt werden kann. Die Delegierten versprechen deshalb auch, in ihren Zirkeln den letzten noch fernstehenden Zimmerer dem Verbaude zuzuführen und gleichzeitig eine Beitragserhöhung zur Führung der bevorstehenden Kämpfe in unserem Verufe anzuregen und dafür einzutreten.  
 Nunmehr wurde noch in längerer Diskussion unsere Stellungnahme zum Betonbau besprochen. Allgemein ging die Ansicht dahin, daß wir diesem Zweig des Baugewerbes erhöhte Aufmerksamkeit schenken müßten. Eine letzte Ansprache seitens des Kameraden Hufel und ein Hoch auf den Zentralverband bildete den Schluß der Konferenz, der sich noch ein Kränzchen angeschlossen, das die Teilnehmer bis zur späten Abendstunde beisammenhielt.

**Bericht von der Gaukonferenz in Stuttgart.**

Am 13. Dezember fand im Gewerbekraftshaus in Stuttgart eine Konferenz der Zahlstellen des 16. Gaus statt. Vertreten waren sämtliche Zahlstellen, mit Ausnahme von Adolfsfeld, durch 29 Delegierte. Ferner waren anwesend der Gauvorstand und als Vertreter des Zentralverbandes Kamerad Schrader aus Hamburg. Als Tagesordnung war vorgesehen: 1. Die Aufgaben der 18. Generalversammlung. 2. Unsere Agitation.  
 Nachdem die Konferenz um 10 Uhr vormittags durch den Kameraden Fallenschmidt eröffnet war, erhielt Kamerad Schrader über den ersten Punkt ein eingehendes Referat. Er führte etwa folgendes aus: Die 18. Generalversammlung habe Fragen zu lösen, die mit der Finanzierung unseres Verbandes eng zusammenhängen. Auf der heutigen Konferenz sollten diese Fragen geklärt werden, damit die Delegierten in der Lage seien, in ihren Zahlstellen aufklärend zu wirken. Weiter verbreitete sich zunächst über unsere Stellungnahme zum Betonbau. Seitens des Zentralverbandes seien Erhebungen veranlaßt worden über die Zahl der Betonbauten und die Art ihrer Ausführungen; über die Zahl der dabei beschäftigten Arbeiter; die Zugehörigkeit zur Organisation und über die Zahl der geleiteten und ungeliteten Arbeiter; über die an den Betonbauten herrschende Arbeitszeit und die dort gezahlten Löhne. Redner ist der Meinung, daß wir uns mit dem Betonbau mehr als bis jetzt bekannt machen müßten, um auch für unsere Kameraden, die beim Betonbau arbeiten, gerechte Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Bezüglich der Arbeitslosenunterstützung seien sehr viele Wünsche laut geworden. In sehr vielen Zahlstellen halte man die Unterstützungen für zu niedrig; einige wollen die Unterstützungsdauer verlängert wissen und andere sind der Meinung, daß die Karenzzeit verkürzt oder gar ganz weggelassen könne. Von letzterem müsse er dringend abraten. Die Karenzzeit sei mit dem Fundament anderer Arbeitslosenunterstützung. Die vom Zentralverband angestellten Berechnungen haben ergeben, daß eine Verbesserung der Arbeitslosenunterstützung durchführbar sei bei einer entsprechenden höheren Beitragsleistung. Redner verbreitete sich sodann über die eventuellen Verbesserungen, die entweder in einer Erhöhung der Unterstützung oder in einer Verlängerung der Unterstützungsdauer bestehen könne. Er ermahnt die Delegierten, der Arbeitslosenunterstützung besondere Beachtung zu schenken.

willigt 10 %, von verschiedenen Seiten sogar 15 und 20 % zur Verfügung gestellt. Auch waren Ansuchen vorhanden, daß der Betrag inklusive Kranken- und Arbeitslosenunterstützung in der Höhe von M. 1 nicht zu hoch gegriffen wäre.  
 Ueber den Verhandlungskörper bei zukünftigen Bewegungen waren sich die Delegierten einig, daß Zentralvorstand und Gauleiter genügen; es könnten eventuell bei brennenden Fragen noch verschiedene Zahlstellenbeamte zugezogen werden, je nach der Lage des Lohngebietes, über welches verhandelt wird. Ueber die vorliegende Resolution, die in ihrem ersten Absatz von der Konferenz abgeändert wird, wird getrennt abgestimmt und werden beide Absätze einstimmig angenommen. Die Resolution lautet: "Die am 13. Dezember 1908 in Stuttgart tagende Konferenz der Zimmerer des Gaus 16 erklärt, daß der Ausbau der Arbeitslosenunterstützung, sowie die Einführung einer Krankenunterstützung wünschenswert ist. Da aber die augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnisse eine wesentliche Beitragserhöhung, welche ohne Zweifel beide genannten Einrichtungen erfordern würden, nicht zweckmäßig erscheinen lassen, so beschließt die Konferenz, es bezüglich der Arbeitslosenunterstützung im Verbaude vorläufig so zu belassen, wie es bisher war, hingegen darauf hinzuwirken, daß eine Krankenunterstützung in unserem Zentralverbande einzuführen ist, mit dem Maßstabe, daß ein Beitrag pro Woche und Mitglied zu erheben ist. Die Konferenz beschließt weiter: In Anbetracht dessen, daß die Unternehmer alles anwenden und ganz gewaltige Anstrengungen machen, um ihre Organisation, den Arbeitgeberverband, auszubreiten und zu stärken, zu dem Zweck, die Zimmerer Deutschlands an der Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu hindern, erklären die sämtlichen anwesenden Delegierten, daß sie anerkennen, daß auch unterseits alles aufgeboten werden muß, die eigene Organisation derartig zu stärken, daß den Machtgeflüsten der Unternehmer eventuell ein energisches "Nein" entgegenzusetzen werden kann. Die Delegierten versprechen deshalb auch, in ihren Zahlstellen den letzten noch fernstehenden Zimmerer dem Verbaude zuzuführen und gleichzeitig eine Beitragserhöhung zur Führung der bevorstehenden Kämpfe in unserem Verufe anzuregen und dafür einzutreten."  
 Zum zweiten Punkt, "Agitation", gibt Fallenschmidt einen ausführlichen Bericht über sämtliche im Gau befindlichen Zahlstellen, wobei einige Delegierte manches Unangenehme hören mußten, während es dort, wo intensiv gearbeitet worden ist, an Anerkennung nicht fehlte. Frank-Göppingen wünscht bezüglich der Agitation mehr Unterstützung vom Zentralverband durch unentgeltliche Abgabe von passenden Broschüren. Die Erfüllung des Wunsches wird von Schrader zugeeignet. Köber-Göppingen fragt an, welche Stellung der Zentralvorstand zu einer Verschmelzung mit den übrigen Bauarbeiterverbänden einnehme. Auch diese Frage wird von Schrader in zufriedenstellender Weise beantwortet. Mit einer anfeuernden Schlußrede des Gauleiters und einem dreifachen Hoch wurde die Konferenz abends 7½ Uhr geschlossen.

den rheinisch-westfälischen Industriegebieten, den Punkt 1 von der heutigen Tagesordnung abzusehen und zu vertagen, wie es bereits mündlich und schriftlich beim Vorsitzenden des Einigungsamtes beantragt worden sei.  
 Er begründete seinen Antrag damit, daß zur Beratung dieser Angelegenheit eine besondere Kommission seinerseits eingesetzt sei, welche aber die Beratungen noch nicht beendet habe, außerdem sei vom deutschen Arbeitgeberbunde für das Baugewerbe in Berlin eine Kommission eingesetzt, welche in nächster Zeit ebenfalls mit der zur Tagesordnung stehenden Frage sich beschäftigen werde.  
 Die Mitglieder des Einigungsamtes aus dem Kreise der Arbeitnehmer sprachen sich gegen eine Vertagung aus. Der Vorsitzende hatte keine Bedenken, den Punkt zu vertagen. Er war aber gegen eine weitere Vertagung der vorliegenden Streitfragen, die im Zusammenhange mit der Frage der angemessenen Gegenleistung ständen.  
 Zu der Frage der angemessenen Gegenleistung teilte er seinen Standpunkt dem Einigungsamte dahin mit, daß durch § 4 Abs. 1, das in dem Kollektivvertrage festgelegte Prinzip der Bindung der Vertragsparteien an einen Einheits- und Mindestlohn, auch bei Minderleistungen nicht habe durchbrochen werden sollen. Ausnahmen von jenem Grundsatz seien ausdrücklich in Absatz 3 bezeichnet, wonach nur mit Gesellen, die infolge Alters oder Invalidität in ihrer Leistungsfähigkeit beschränkt sind, mit jugendlichen Arbeitern, sowie mit Junggesellen im ersten und zweiten Gesellenjahre nach beendeter dreijähriger Lehrzeit und bestandener Gesellenprüfung ein geringerer Lohn durch freie Vereinbarung festgesetzt werden könne als im Tarifvertrage festgelegt sei. Hieraus müsse gefolgert werden, daß nur für diese Personen Ausnahmehöhe zugestanden seien; für alle anderen Personen aber, und wenn sie auch die im § 4 Absatz 1 erwähnte Gegenleistung nicht gewähren, die festgelegten Tariflöhne zu zahlen seien.  
 Für diesen Standpunkt spreche auch der von den Herren Schiedsrichtern am 17. Mai 1908 mit Begründung abgelehnte Antrag der Arbeitgeber in § 4 Absatz 3 hinter "Gesellenprüfung" einzufügen "und für solche Gesellen, die keine angemessene Gegenleistung ausführen".  
 Der ganze Bestand des Kollektivvertrages würde auf das Äußerste gefährdet werden, wenn man jedem einzelnen die Möglichkeit zugestehen wollte, die tariflich festgelegten Stundenlöhne außer Geltung zu bringen, zumal ein einwandfreier Maßstab für den Begriff der angemessenen Gegenleistung im allgemeinen nicht gegeben werden könne.  
 Die Herren Schiedsrichter, mit denen er in Verbindung getreten sei, hätten keine Auffassung über die Frage befestigt und erklärt, daß die Verhandlungen keinen Zweifel darüber gelassen hätten, daß ein Lohnabzug nicht gemacht werden könne, wenn der Maurergeselle, Zimmergeselle und Bauhilfsarbeiter eine angemessene Gegenleistung nicht gewähre. Dem Arbeitgeber bleibe in solchen Fällen eben nur das Recht der Kündigung.  
 Nunmehr wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten und nachstehendes verhandelt bzw. beschlossen:  
 Punkt 1 der Tagesordnung: Entscheidung darüber, ob unter dem tariflich festgelegten Stundenlohn entlohnt werden kann, wenn der Arbeitnehmer eine angemessene Gegenleistung nicht gewährt (§ 4 Absatz 1 des Vertrages).  
 Zu Punkt 1. Dieser Punkt wurde vertagt.  
 Punkt 2 der Tagesordnung: Beschwerde des Bezirksleiters Hunold gegen die Firma Leibold in Horstermark.  
 Zu Punkt 2. Die Streitfrage wurde zur Entscheidung zunächst der Schlichtungskommission in Gladbeck überwiesen.  
 Punkt 3 der Tagesordnung: Entscheidung darüber, ob der Arbeiter bei ordnungsmäßiger Auflösung des Arbeitsverhältnisses Lohn und Papiere auf der Baustelle verlangen kann.  
 Zu Punkt 3. Die örtliche Übung bleibt hierfür maßgebend. Im übrigen werden die Schlichtungskommissionen auf den Beschluß zu Punkt 12 der Tagesordnung für die Sitzung des Einigungsamtes vom 3. November dieses Jahres nochmals hingewiesen.  
 Punkt 4 der Tagesordnung: Antrag Platte auf anderweitige Abgrenzung der Lohngebiete Hagen-Stadt, Hagen-Land und Mißpe.  
 Zu Punkt 4. Die von den Herren Schiedsrichtern gebildeten Lohngebiete Hagen-Stadt, Hagen-Land und Mißpe sollen unverändert bleiben.  
 Hage bleibt im Lohngebiete Hagen-Stadt und Gelvesberg im Lohngebiete Mißpe.  
 Punkt 5 der Tagesordnung: Beschwerde des Gauleiters Kahl gegen die Mißper Unternehmer wegen Zahlung geringerer Löhne als der Tarif vorschreibt.  
 Zu Punkt 5. Dieser Punkt wurde mit Rücksicht auf den Beschluß zu Punkt 4 der Tagesordnung als erledigt angesehen.  
 Punkt 6 der Tagesordnung: Beschwerde des Gauleiters Kahl gegen die Firma Peters & Wölter wegen Entlohnung unter dem Tarif und Nichtanstellung organisierter Maurer.  
 Zu Punkt 6. Gauleiter Kahl zog die Beschwerde vor Eintritt in die Verhandlung zurück.  
 Punkt 7 der Tagesordnung: Entscheidung darüber, ob der Arbeitgeber berechtigt ist, durch Arbeitsordnung Kündigung auszuschließen, wo sie besteht.  
 Zu Punkt 7. Bei vorübergehenden auswärtigen Arbeiten sind die am Orte der bauausführenden Firma festgelegten Lohnsätze und Kündigungsfristen maßgebend. Bei dauernden auswärtigen Arbeiten treten dagegen die Lohnbedingungen und Kündigungsfristen des Ortes in Kraft, in welchem die Arbeitsstelle gelegen ist.  
 Punkt 8 der Tagesordnung: Beschlußfassung darüber, ob unparteiische Beisitzer in das Einigungsamt abgeordnet werden sollen.  
 Zu Punkt 8. Es sollen je ein unparteiischer Beisitzer aus dem Kreise der Arbeitgeber und aus dem Kreise der Arbeitnehmer abgeordnet werden. Die Organisationen wollen Vorschläge dem Vorsitzenden machen.  
 Punkt 9 der Tagesordnung: Einspruch des Arbeitgeberbundes gegen den Beschluß zu Punkt 20 der Tagesordnung für die Sitzung des Einigungsamtes vom 15. September 1908 hinsichtlich Zuteilung der Gemeinde Laar zum Lohngebiete Duisburg.  
 Zu Punkt 9. Der Vorsitzende teilte die eingegangene Antwort des Oberbürgermeisters zu Duisburg vom 27. No-

**Unsere Lohnbewegungen.**

Gesperret sind in Chemnitz das Geschäft von Kroch jun. und in Wilhelmshaven die Hafenaubanten der Firma Gustavsborg.

**Oesterreich.**

Gestriekt wird in Karlsbad (Böhmen). Gesperret sind Klagenfurt, Königswald und Willach.

**Ungarn.**

Im Lohnkampfe stehen: Arab, Eßtergom, Debrecen, Mindseut, Gyöngyös, Drosháza und Székesfehérvár.

**Schweiz.**

Zuzug ist streng fernzuhalten vom Platz Wezel in Luzern bei Rheineck.

**Protokoll des Einigungsamtes für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten.**

Essen, den 10. Dezember 1908.

Anwesend: Beigeordneter Rath als Vorsitzender, Baugewerksmeister S. Walter-Röhlingshausen, Verbandsdirektor S. Schmiedehaus-Essen, Bauunternehmer C. Franzen-Witten, Bauunternehmer Fr. Platte-Hagen i. W., Bauunternehmer Joh. Franke-Wünster i. W., Bauunternehmer Joh. Waldun-Duisburg-Beek, Gauleiter F. Kahl-Dortmund, Gauleiter S. Peters-Dortmund, Gauleiter F. Walter-Düsseldorf, Gewerkschaftssekretär S. Koch-Bochum, Gewerkschaftssekretär Th. Häuschen-Bochum, Gewerkschaftssekretär Friedr. Werner-Paderborn als Mitglieder und Oberstaadtssekretär Grebe als Protokollführer. Außerdem anwesend: Bauunternehmer S. Stegemann-Gladbeck, Bauunternehmer S. Kasten-Gladbeck, Geschäftsführer Schmidt-Essen, Bauunternehmer Wirth-Wanne, Zimmermeister Vogelsang-Werl, Bauunternehmer S. Peters-Hörde, Bauunternehmer Ch. Marisch-Mißpe, Anton Lange-Eöln, S. Hunold-Welfentkirchen, C. Dege-Hagen, Ernst Miß-Eöln.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung um 4 Uhr nachmittags. Er teilte vor Eintritt in die Tagesordnung mit, daß der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten die Obmänner bezw. stellvertretenden Obmänner aus dem Kreise der Arbeitgeber für 30, der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands die Obmänner bezw. stellvertretenden Obmänner aus dem Kreise der Arbeitnehmer für 10 Schlichtungskommissionsbezirke bisher nicht mitgeteilt hätten. Er bat diese Organisationen nochmals, die fehlenden Angaben dem Einigungsamte unverzüglich zu machen, damit endlich das seit Monaten in Arbeit befindliche Verzeichnis der Schlichtungskommissionen usw. fertiggestellt werden könne.

Gewerkschaftssekretär Koch fragte an, was aus der Siegener Angelegenheit geworden sei. Der Vorsitzende erwiderte, daß er an den Vorsitzenden des Ortsverbandes Siegen geschrieben habe, daß ihm aber auf sein Schreiben eine Antwort bisher nicht geworden sei. Er wies auf das Protokoll der Sitzung des Einigungsamtes vom 3. November dieses Jahres hin und betonte dabei, daß die Angelegenheit für das Einigungsamt erledigt sei.

Vor Eintritt in die Verhandlung der Tagesordnung beantragte ferner der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in

bember 1908 mit, wonach die Ortschaft Saar vor ihrer Eingemeindung zur Landgemeinde Weed gehörte und wonach es richtig ist, daß in der Vorstellung der ortsanfässigen Bevölkerung Saar stets als zu Weed gehörig angenommen worden ist.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung: Entscheidung darüber, ob im Lohngebiete Buer-Glabbed der Lohn bei ordnungsmäßiger Auflösung des Arbeitsverhältnisses sofort zu zahlen ist.

Zu Punkt 11 der Tagesordnung: Beschwerde des Arbeitgeberbundes, weil die Kölner Organisationen die Firma Hanebed-Dortmund gezwungen haben, den Dortmunder Arbeitern Kölner Löhne in Köln zu zahlen.

Zu Punkt 12 der Tagesordnung: Vorschlag des Arbeitgeberbundes wegen Festsetzung einer anderen Arbeitzeiteinteilung (Punkt 15 der Tagesordnung vom 15. September 1908, § 2 Absatz 5 des Vertrages).

Zu Punkt 13 der Tagesordnung: Beschwerde des Gauleiters Walter gegen die Firma Namim wegen Einhaltung von Werkzeuggeld.

Zu Punkt 14 der Tagesordnung: Die Entscheidung der Schlichtungskommission Hamm wurde mit Stimmenmehrheit bestätigt, wonach der Abzug von Werkzeuggeld unzulässig ist.

Zu Punkt 15 der Tagesordnung: Einbeziehung von Lippfingerringen in den Geltungsbereich des Kollektivvertrages.

Zu Punkt 16 der Tagesordnung: Beschwerde des Arbeitgeberbundes wegen vertragswidriger Niederlegung der Arbeit durch 14 Zimmerer.

Zu Punkt 17 der Tagesordnung: Beschwerde des Gewerkschaftssekretärs Werner gegen die Firma Vogelsang, weil sie den festgelegten Zuschlag für Ueberstunden nicht zahlt.

Zu Punkt 18 der Tagesordnung: Beschwerde des Bezirksleiters Köhler gegen den Bauunternehmer Hahn wegen Weigerung, den tariflich festgelegten Stundenlohn zu zahlen.

Zu Punkt 19 der Tagesordnung: Der Vorsitzende schloß die Sitzung um 8 1/4 Uhr abends.

Rath, Vorsitzender. Grebe, Protokollführer.

Berichte aus den Zahlstellen.

Bartenstein. Am 20. Dezember fand im Vereinslokal unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, zu der 23 Kameraden erschienen waren.

Vramisch. (Jahresbericht.) Die Bautätigkeit war 1908 etwas besser als im Jahre 1907. Acht Neubauten sind entstanden, an denen mancherlei Zimmerarbeiten zu verrichten waren.

Table with 4 columns: Unternehmer, Beschäftigte Zimmerer, Stundenlohn (30, 35, 40, 45), and Verbandsmitglieder. Rows include G. Struwe, G. Wollrich, and Kobelsch.

Zusammen ... 30 | 4 | 1 | 2 | 22 | 1 | 28

Im Mai 1908 wurde ein Tarif mit den Unternehmern abgeschlossen, wonach der Stundenlohn vom 1. August 1908 bis 1. Januar 1910 40 % beträgt.

gehalten wurden. Auch diese Versammlungen waren von den hiesigen Kameraden gut besucht. Der Zahlstellenvorstand hat 6 Vorstandssitzungen abgehalten, 2 davon wegen unserer Lohnbewegung.

Deutsch Lissa. Am 22. Dezember fand in Folgners Lokal unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Es wurde zuerst die Auffstellung eines Kandidaten zur Generalversammlung vorgenommen.

Stenoburg. Am 1. Dezember tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Sie hätte in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung besser besucht sein können.

Glogau. Im „Matscher“ tagte am 16. Dezember unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Trobden an alle Mitglieder eine schriftliche Einladung ergangen war, ließ der Besuch doch zu wünschen.

Kattowitz. Unsere Mitgliederversammlung am 15. Dezember, die im Gewerkschaftshaus tagte, war von nur 35 Mitgliedern besucht. Im ersten Punkt der Tagesordnung wurde die Wahl eines Kandidaten zur Generalversammlung vollzogen.

Königschütte. Am 16. Dezember fand hier im Gewerkschaftshause unsere Mitgliederversammlung statt. Anwesend waren 35 Kameraden. Auf der Tagesordnung stand: 1. Wahl eines Kandidaten für die 18. Generalversammlung in Stuttgart.

Legnitz. Am 16. Dezember fand im Gewerkschaftshaus, Hinterbleiche, unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, die einen ziemlich guten Besuch aufwies.

Nienburg an der Saale. Unter den hiesigen Kameraden ist augenblicklich die Gleichgültigkeit Trumpf. Von einem eigentlichen Verbandsleben spürt man fast nichts.

Scherhausen. (Jahresbericht.) Die wirtschaftliche Krise hat auch in unserer Zahlstelle arg gewüthet. 1906 und 1907 waren die Arbeitsverhältnisse hier bedeutend besser als in diesem Jahre.

Überhaupt. Die wirtschaftliche Krise hat auch in unserer Zahlstelle arg gewüthet. 1906 und 1907 waren die Arbeitsverhältnisse hier bedeutend besser als in diesem Jahre.

Überhaupt. Die wirtschaftliche Krise hat auch in unserer Zahlstelle arg gewüthet. 1906 und 1907 waren die Arbeitsverhältnisse hier bedeutend besser als in diesem Jahre.

Überhaupt. Die wirtschaftliche Krise hat auch in unserer Zahlstelle arg gewüthet. 1906 und 1907 waren die Arbeitsverhältnisse hier bedeutend besser als in diesem Jahre.

fürzt habe, und über die vollgewordenen Mitgliedsbücher. Der Kassierer machte darauf aufmerksam, daß die Bücher vollständig in Ordnung sein müßten, bevor sie erst werden könnten.

Münster i. W. Eine Mitgliederversammlung am 13. Dezember befaßte sich zunächst mit der Statutenberatung. Sie wählte hierauf einen Delegierten zur Gaukonferenz.

Neustettin. Hier tagte am 20. Dezember eine Mitgliederversammlung, in der Bericht erstattet wurde von der Gaukonferenz in Danzig. Die Versammlung erklärte sich mit deren Arbeiten einverstanden.

Nienburg an der Saale. Unter den hiesigen Kameraden ist augenblicklich die Gleichgültigkeit Trumpf. Von einem eigentlichen Verbandsleben spürt man fast nichts.

Scherhausen. (Jahresbericht.) Die wirtschaftliche Krise hat auch in unserer Zahlstelle arg gewüthet. 1906 und 1907 waren die Arbeitsverhältnisse hier bedeutend besser als in diesem Jahre.

Überhaupt. Die wirtschaftliche Krise hat auch in unserer Zahlstelle arg gewüthet. 1906 und 1907 waren die Arbeitsverhältnisse hier bedeutend besser als in diesem Jahre.

Überhaupt. Die wirtschaftliche Krise hat auch in unserer Zahlstelle arg gewüthet. 1906 und 1907 waren die Arbeitsverhältnisse hier bedeutend besser als in diesem Jahre.

Überhaupt. Die wirtschaftliche Krise hat auch in unserer Zahlstelle arg gewüthet. 1906 und 1907 waren die Arbeitsverhältnisse hier bedeutend besser als in diesem Jahre.

Überhaupt. Die wirtschaftliche Krise hat auch in unserer Zahlstelle arg gewüthet. 1906 und 1907 waren die Arbeitsverhältnisse hier bedeutend besser als in diesem Jahre.

Überhaupt. Die wirtschaftliche Krise hat auch in unserer Zahlstelle arg gewüthet. 1906 und 1907 waren die Arbeitsverhältnisse hier bedeutend besser als in diesem Jahre.

Überhaupt. Die wirtschaftliche Krise hat auch in unserer Zahlstelle arg gewüthet. 1906 und 1907 waren die Arbeitsverhältnisse hier bedeutend besser als in diesem Jahre.

Überhaupt. Die wirtschaftliche Krise hat auch in unserer Zahlstelle arg gewüthet. 1906 und 1907 waren die Arbeitsverhältnisse hier bedeutend besser als in diesem Jahre.



